

## **Regierungsrat**

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
so.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft  
SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

**per E-Mail an:**  
abps@seco.admin.ch

22. September 2026

### **Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Produktesicherheit (PrSG)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. Juni 2026 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vorentwurf zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Produktesicherheit (PrSG) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat unterstützt das übergeordnete Ziel, das Sicherheitsniveau von Produkten auf dem Schweizer Markt hoch zu halten und an neue digitale Vertriebskanäle anzupassen. Gleichzeitig mahnt er zur Verhältnismässigkeit bei den neuen Kontrollinstrumenten und Pflichten für den Handel. Der administrative Mehraufwand ist auf ein möglichst geringes Mass zu beschränken.

#### **1. Grundsätzliche Haltung: Gleich lange Spiesse im E-Commerce**

Der Regierungsrat begrüsst es ausdrücklich, dass der Bundesrat die Pflichten von Online-Marktplätzen verschärft. Bisher konnten ausländische Plattformen oft minderwertige oder unsichere Produkte in die Schweiz einführen, ohne für die Produktsicherheit haftbar gemacht zu werden. Dies führt zu einer massiven Benachteiligung des inländischen Detailhandels.

Die Pflicht zur Angabe von Produktidentifizierungen und Warnhinweisen im Onlinehandel wird als notwendig erachtet. Sie muss jedoch so umgesetzt werden, dass sie für Plattformen und Händler technisch einfach integrierbar ist und nicht zu digitalen Handelsbarrieren führt.

#### **2. Massnahmen der Marktüberwachung: Fokus auf Verhältnismässigkeit**

Die vorgeschlagene Einführung von verdeckten Testkäufen (Mystery Shopping) durch die Vollzugsorgane ist ein taugliches Mittel, um systematische Verstösse ausländischer Akteure aufzudecken.

Diese Kontrollen müssen primär darauf abzielen, gefährliche Importe aus Drittstaaten zu stoppen. Sie dürfen nicht dazu missbraucht werden, den rechtstreuen Schweizer Handel mit unverhältnismässigen Scheinkäufen und bürokratischen Nachkontrollen zu belasten.

#### **3. Kritische Haltung zu neuen Aufsichtsabgaben**

Der Entwurf sieht die Möglichkeit vor, eine staatliche Aufsichtsabgabe auf im Ausland online bestellte Produkte zu erheben, um die verstärkte Marktüberwachung zu finanzieren.

Der Regierungsrat steht neuen Abgaben und Gebühren skeptisch gegenüber. Sollte eine solche Abgabe eingeführt werden, dürfte diese nicht zu einer unverhältnismässigen administrativen Belastung für die Zollbehörden oder die Logistikdienstleister führen. Die Erhebung müsste kosteneffizient sein. Die Einnahmen müssten zweckgebunden und transparent für den Schutz vor unsicheren Importen eingesetzt werden.

#### 4. Verzicht auf «Swiss Finish» bei Kennzeichnungspflichten

Die Revision orientiert sich an der neuen EU-Verordnung über die allgemeine Produktesicherheit (GPSR).

Auf rein nationale Sonderregelungen bei den Informations- und Kennzeichnungspflichten ist zu verzichten. Schweizer Unternehmen, die Produkte sowohl im Inland als auch im EU-Raum vertreiben, dürfen nicht gezwungen werden, zweigleisige Informationsstrukturen aufzubauen, da dies zu Wettbewerbsnachteilen führen würde.

#### 5. Fazit

Wir stimmen der Teilrevision des PrSG unter Vorbehalt der genannten Optimierungen zu. Die Vorlage ist ein notwendiger Schritt, um faire Wettbewerbsbedingungen im E-Commerce herzustellen. Der Vollzug muss jedoch pragmatisch, digital und ohne zusätzliche finanzielle Hürden für die Schweizer Wirtschaft ausgestaltet werden.

Der Solothurner Regierungsrat bittet Sie, seine Anträge im weiteren Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen und dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Sig.  
Susanne Schaffner  
Frau Landammann

Sig.  
Yves Derendinger  
Staatsschreiber